

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

2.6.1923 (No. 150)

Bezugspreis für Juni: in Karlsruhe: in un-
terer Geschäftsstelle und in
unseren Ausgabestellen ab-
gefordert monatlich 6500,-
frei Haus geliefert monat-
lich 7000,-
auswärts: durch un-
sere Agenturen bezogen
7000,-
Einzelausgabe: 250 H.

Verlag, Schriftleitung und
Geschäftsstelle Ritterstraße 1,
Postfach Nr. 9347
Karlsruhe.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigenpreise für Juni:
die erste Nonparilleseite
ober deren Raum 500,-
andere 400,-; Familien-
anzeigen und Stellen-
angebote 300,-; Reklame-
seiten 1000,-; an erster
Stelle 1800,-; Karlsruher
Anzeigen-Nummern 5,- 3 Uhr
mittags; kleinere Anzeigen
spätestens bis 6 Uhr nachm.

Vernachlässigungen:
Geschäftsstelle Nr. 18,
Verlag Nr. 21 und 297,
Schriftleitung Nr. 20,
Postfach Nr. 19.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift **„Die Pyramide“** **Badische Morgenpost**

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Revue: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl
Johann; für Anzeigen: Heinrich Ehrhard, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag: C. B. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berlin-Redaktion: Dr. Richard Jäger, Berlin-Sanktmitz, Rosgartenstr. 37. Telefon-Zentrum 428.
Für unverlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Erscheinungstage der Redaktion: 11-12 Uhr vormittags.

120. Jahrg.

Samstag, den 2. Juni 1923

Nr. 150.

Wahrheiten.

Der Ruhrbruch, der eine Bedrohung für
den Frieden der Welt bildet, und der, was auch
geschehe, eine Gefahr für ganz Europa werden
kann, verliert nicht allein durch den Vertrag
von Versailles, sondern durch jede Annäherung
an den Frieden umgänglich.

Die Hintermänner des Herrn Poincaré.

Von Joseph Caillaux.

Der frühere französische Ministerpräsident
Joseph Caillaux, der 1914 aus dem Amte
schied und während des Krieges als deut-
schenfreund von den französischen Chau-
vinisten in einen sensationellen Schwere-
prozess verwickelt und aus Paris verbannt
wurde, hat sich in seinem aufsehenerregenden
Buch „Wohin Frankreich, wohin Europa?“
mit den großen politischen und wirtschaftlichen
Problemen der Kriegszeit und Nachkriegszeit
beschäftigt. In objektiver, schonungsloser Weise
schildert er den entscheidenden Druck, den der
französische Chauvinismus auf die Wirtschaft
Frankreichs und auf die Weltwirtschaft aus-
übte. Wir entnehmen dem Werke folgende
Ausführungen, deren Inhalt sich in bemer-
kenswerter Weise mit den f. H. von uns ver-
öffentlichten Betrachtungen des Verfassers in seinem
Aufsatz: „Die großindustriellen Interessen
als Schlüssel zur französischen Politik“ deckt.

Vor dem Kriege hatten während zwanzig Jah-
ren die sich abwickelnden Finanzminister Frank-
reichs stets dafür sorgen können, daß die Bud-
gets ausgeglichen waren, daß die Staatsschulden
niemals zunahm. Gewisse Defizite, die auf
einigen Gebieten entstanden, wurden leicht durch
Ueberhörsse aus anderen gedeckt. Die Anleihen,
zu denen man aus unvorhergesehenen Umfän-
den greifen mußte, und die den Staat natur-
gemäß belasteten, wurden wieder ausgeglichen
durch die jährlich abnehmende Staatsschuld. Ein
sehr schwacher Punkt war die unzureichende
Amortisation, da das Budget durch veraltete
direkte Steuern, die den Vermögenszuwachs der
Besitzenden nicht erfassen und dem Staatsfiskus
das zunehmende Nationalvermögen nicht zugute
kommen ließen, belastet war. Erst in den Jah-
ren 1910 und 1911 gelang es den führenden Leu-
ten wirklich demokratischer Gruppen, den schäd-
lichen Widerstand der Konservativen wenigstens
teilweise zu überwinden und eine den modernen
Verhältnissen entsprechende Finanzreform an-
zunehmen, die endlich 1914 trotz des Bähnefrin-
gens der Rüstschritler in ganz beisehendem
Ausmaße durchgeführt wurde.

Der Weltkrieg überraschte Frankreich in voller
Umstellung und beim Versuch fiskalischer Reformen.
Die seit Kriegsausbruch im Schatten der
heiligen Einheit gebildeten Regierungen wagten
indessen nicht, diese Reformen energisch durch-
zuführen, da sie ihnen zu linkspolitisch gefärbt
schienen, und da sie von den einflussreichen Ge-
nossen dieser Ideen im Rahmen des nationaliti-
tären Programms teils offen, teils heimlich be-
kämpft wurden.

Man brach nicht mit den Vorkriegsmethoden,
führte aber auch kein neues System ein, sondern
begnügte sich mit dem schlechtesten Mittel: man
ließ das Wasser fließen, wie es wollte.

Es gab überhaupt keinen Haushalt mehr. Das
Parlament wurde gezwungen, den Regierungen
Geldtransaktionen in Massen nebst Hunderten von
Goldmillarden zu bewilligen, wie es der öf-
fentliche Augenblick zu erfordern schien. Keinerlei
neue Steuern wurden eingeführt, obgleich man
das leuchtende Beispiel Englands stets vor
Augen hatte. Nicht einmal die Heeresausgaben
wurden der geringsten Kontrolle unterzogen.
Man hatte nur ein Ziel: den Krieg popu-
lär zu machen mit allen Mitteln. Na-
türlich mußte man Anleihen ausgeben und
erlaubt zunächst die Scheine der nationalen Ver-
einigung zu 5 Prozent, wogegen vierprozentige
vollständig ausgereicht hätten. Die Ueberzeu-
gung, der Krieg würde nicht lange dauern, und
die Furcht, ihn unpopulär zu machen, ließen die
Staatsfonds in unermessliche wachsen.
Erst 1917 und 1920 zeigte die Regierung eine
schwache Initiative, den unerhörten Kriegsgewinn
zu erfassen, und dadurch auch ihre bisherige
Wirtschaftspolitik zu verdeden. In Ermangelung
irgendwelcher praktischer Lösungen wurde noch
ein neues Mittel eingeführt: die Spezialkon-
ten, die kleine mysteriöse Budgets waren, die
nebenbei geführt wurden, und vom Parlamen-
t nicht überwacht werden konnten. Bis heute ist
man sich in Frankreich noch nicht klar, wach un-
erhörter Mißbrauch mit diesen Spezialkonten
getrieben wurde, ein Mißbrauch, wie er in der
französischen Geschichte beispiellos ist.
Frankreich verzichtete einfach auf jede solide
Finanzwirtschaft und machte lediglich die Politik
der Banken und der Plutokratie. Auf dem Ge-
biet des Steuerwesens verfuhr man nicht an-
ders.

Und wie Frankreich während des Krieges nur
immer den Steuerzahler geschont hat, erklärte

die Regierung unmittelbar nach dem Waffenstil-
stand, daß es sich nicht mehr lohne, den franzö-
sischen Bürger heranzuziehen, da doch
Deutschland eben alles zahlen werde.
Nach Versailles begann man allmählich ein-
zusehen, daß diese im Volke verbreitete Formel
nur ein Ausdruck niedriger Demagogie ist und
ließ 1920 plötzlich einen Regen meist indirekter
Taxen auf die Kammer los.
Der Erfolg dieser gewissenlosen
Finanzpolitik während des Krieges
und nachher sind 310 Milliarden

Schulden, von denen 70 Milliarden an das
Ausland zu zahlen sind. Von der letzteren
Summe abgesehen, bleibt eine Last von etwa
240 Milliarden, die eine Annuität von 12 Mil-
liarden bedeuten. Rechnet man dazu das Jah-
resbudget, das allein von den Einnahmen kaum
gedeckt werden kann, stellt sich ein jährliches Defi-
zit von über 10 Milliarden heraus, bei einer
sehr milden Berechnung.
Während unsere Funktionäre sich in unfrucht-
baren Anstrengungen erschöpfen, erneuert
Deutschland seine Geschäftsverbindungen mit den

meisten Ländern, auch mit den Feinden von
gestern, mit verbündeten und neuen Staaten.
Nur Frankreich hält sich in seine glänzende Is-
lierung und verachtet sich die Märkte der Welt.
Vor dem Kriege genossen wir allerorts die gün-
stigsten Zolltarife. Nach dem Siege und trotz
der Ausnahmebestellung, die er uns hätte sichern
sollen, ist unsere Geschäftslage kompromittiert
und unsere Erzeugnisse werden weniger günstig
aufgenommen als 1914.

Unsere Regierung, nach den Worten der Zei-
tung l'Ére Nouvelle „die Gesandene einiger
Großindustriellen“, erklärt täglich neue Schutz-
zolltarife, auf die es keine bessere Antwort gibt,
als die Worte des britischen Han-
delsministers Baldwin: „Denjenigen,
die eine Bulldogge vor die Tür ihres Landes
gesetzt haben, ziemt es nicht, sich darüber zu be-
klagen, daß wir in unserer Küche eine Kage
haben...“

Diese Kage — die Ren Industrial Bill, die
Frankreich von seinem Hauptabnehmer trennt,
Ein etwas plumper Vergleich, aber gerecht...
In Belgien hat ein großer Politiker, der die
enge Vereinigung beider Länder durchaus ver-
tritt, folgende Worte, die Herrin in der „Infor-
mation“ zitierte, ausgesprochen: „Wir müssen
den Franzosen sagen, denn es ist die einzige
Wahrheit: Je stärker ihr wüthet euch und uns
die Barriere eurer Schutzrechte erhebt, desto
schwächer werden die gemeinsam an unserer Ab-
grenze geschaffenen Verteidigungsmittel wer-
den.“

Englisch-französischer Streit um die Saar.

Paris, 1. Juni. Als Folge der Debatte im
englischen Unterhaus über die Zustände im
Saargebiet hat die englische Regierung dem Völ-
kerbundrat vorgeschlagen, eine Kommission zur
Untersuchung der Tätigkeit der Reichsbund-
regierung im Saargebiet einzusetzen. Die
französische Regierung hat bereits Mitteilung
erhalten, daß der englische Vorschlag auf die Sa-
geordnung der nächsten Sitzung des Völ-
kerbundsrat gesetzt sei. In Paris hat das eng-
lische Vorgehen viel Ärger geschaffen. Die
Blätter schlagen scharfe Töne gegen London an.
Das Reichblatt der Pariser Regierung, das „Echo
de Paris“ schreibt: Die französische Regierung
werde unverzüglich in London und Genf zu ver-
stehen geben, daß sie ihre Zustimmung zu einer
derartigen Prozedur nicht geben könne.
Die Ordnomanz der Regierungskommission vom
7. März sei vielleicht mit einer gewissen Unge-
schicklichkeit abgefaßt worden, aber zweifellos
werde sie durch eine mit mehr Klugheit abgefaßte
ersetzt werden. Jedenfalls aber könne kein Zwei-
fel darüber bestehen, daß die bis jetzt verfolgte
Politik im Saargebiet fortgesetzt werde. Die
ungehinderte Ausübung der Saargruben müsse
Frankreich sichergestellt werden. Man werde
vielleicht in den Akten der obersteilischen Volks-
abstimmungskommission Entscheidungen finden,
die sich nicht wesentlich von den Texten unter-
schieden, die im Saargebiet erlassen worden seien.
Das Ministerium Baldwin debattiere sehr scharf,
was die englisch-französischen Angelegenheiten
anbelange. Der Eintritt Lord Robert Cecil's
und Mac Kennas habe schon schlechte Ausichten
angekündigt. Wenn der Premierminister ihnen
gestatte, auf dem Gebiet der äußeren Politik, ob
es sich um den Völkerbund oder die Reparations-
kommission handle, nach ihrem Gutdünken zu
manövrieren, sei es dann nötig, auch nur den
einfachen Schein einer Entente cor-
diale aufrecht zu erhalten?

England und der Saarfundat.

London, 31. Mai. Der politische Berichtstat-
ter des „Manchester Guardian“ schreibt, es be-
stehe guter Grund zu der Annahme, daß die
letzte Saardebatte im Unterhaus und das in
der letzten Zeit von der englischen Presse in der
Saarfrage gezeigte Interesse praktische Ergeb-
nisse haben würden. Die britische Regierung
habe bereits ein Schreiben an die in dem Völ-
kerbundrat vertretenen Mächte gerichtet, worin
zum Ausdruck komme, daß die Lage im Saar-
gebiet derart sei, daß eine Art von Unter-
suchung nötig sei, damit die gegen die Völ-
kerbundsverwaltung gerichteten Anschuldigun-
gen zurückgewiesen oder in gegenteiliger Falle
die Mißbräuche, über die Beschwerde geführt
werde, behoben werden könnten. Die britische
Regierung werde alles tun, was in ihrer Macht
stehe, um zu erreichen, daß die Saarfrage nicht
hinter geschlossenen Türen erörtert
werde, wenn sie demnächst vor den Völkerbund
komme.

Ein deutsch-litauischer Handelsvertrag.

Dresden, 1. Juni. (Eig. Drahtber.) Heute
sind hier die Unterzeichnung des deutsch-litau-
ischen Handelsvertrages statt.

Ruhe und Sachsen.

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns ge-
drachtet:

Nachdem im Ruhrgebiet die kommunistische
Aufstandsbewegung an der Besonnenheit der
großen Mehrheit der Bevölkerung gescheitert ist,
bemühen sich die Kommunisten offenbar, die Be-
wegung auf das unbesetzte Gebiet zu übertragen.
Ein besonders günstiges Feld für solche
Vernahmen scheint den Jüngern Moskaus das
rote Sachsen zu bieten, wo ja die Dinge für sie
insoweit recht günstig liegen, als die sozialdemo-
kratische Regierung auf die Unterstützung der
Kommunisten im Parlament angewiesen ist.
Unter diesem Gesichtswinkel müssen vor allem
die Unruhen in Dresden betrachtet werden.
Wenn es nun dort auch anscheinend gelungen
ist, die Ruhe wiederherzustellen, so werden doch
aus Dresden neue schwere Zusammenstöße, die
blutige Opfer gefordert haben, gemeldet. Selbst
in sozialdemokratischen Kreisen betrachtet man
dieses Treiben der Kommunisten mit großer
Besorgnis. So schreibt auch die sozialdemo-
kratische „Leipziger Volkszeitung“ über die kom-
munistischen Pläne: „Der Einfluß der aggres-
siven Tendenzen in dem Bezirk hat sich bereits
geltend gemacht. Nach bisherigem Schwanfen
hat die Zentrale nunmehr in einem neuen Auf-
wurf das Treiben der aktiven Elemente durchein-
ander getrieben, und wenn nicht alles kränkt, so sind
die Kommunisten drauf und dran, in derselben
Art, wie anlässlich des mitteldeutschen Aufstie-
ges, die Bewegung auf das unbesetzte Gebiet zu
übertragen, wofür die Vorarbeiten in Dresden
den besten Beweis liefern. Am 29. Mai hat
eine Funktionärerversammlung der kommunisti-
schen Partei in Leipzig stattgefunden, in der der
Träger der aggressiven Tendenzen, der be-
rühmte „Arbeiterführer“ Schubert, referierte. Zu
allerer Zeit beschloß man sich in Berlin und auch
wohl an anderen Orten Funktionärerversamm-
lungen mit dem gleichen Thema. Es ist daher an-
zunehmen, daß von der Zentrale aus bestimmte
Parolen ausgearbeitet werden, die dahin gehen,
die Arbeiterkraft in allen Bezirken den kom-
munistischen Zwecken dienbar zu machen.“

Es bleibt die Frage, inwieweit die Arbeiter-
schaft Sachsens und Mitteldeutschlands sich von
den Drahtziehern dieser Bewegung mißbrauchen
läßt, nachdem die Gewerkschaften erst schrittweise
haben, daß im Ruhrgebiet durch die Unruhen
nichts erreicht sei, daß vielmehr dadurch gerade
die Lebenshaltung der Arbeiter nicht verbessert
wurde. Man kann nur hoffen, daß die Klare
und entscheidende Stellungnahme der Gewerk-
schaften den Massen die Augen öffnen wird, daß
sie erkennen, zu welchem Zweck sie mißbraucht
werden.

Die Opfer der Unruhen.

Berlin, 1. Juni. In einer Meldung aus Offen
steht die „Post. Ztg.“ fest, daß bei den kommuni-
stischen Unruhen im Ruhrgebiet etwa vier-
zig Tote zu beklagen sind. In den Kranken-
häusern liegen 300 mehr oder weniger Schwer-
verletzte.

Für vierzig Milliarden Werte geraubt.

Düsseldorf, 1. Juni. Die Franzosen haben die
von ihnen beklagten Werke der Rheinisch-A.G.
wieder geräumt, nachdem sie alles, was trans-
portabel war, weggeführt hatten. Nach der Be-
rechnung der Direktion der Werke ist durch
Plünderung und Sabotage ein Schaden von
vierzig Milliarden Mark entstanden.

Kriegsgerichtsurteile.

Köln, 1. Juni. Von dem französischen Kriegs-
gericht in Witten wurde Redakteur Werling
vom „Wittener Tagblatt“ zu 6 Monaten Ge-
fängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe ver-
urteilt.

Mainz, 1. Juni. Das französische Kriegsgericht
verurteilte heute den zweiten Vorsitzenden der
Druckgruppe Worms des Deutschenationalen
Handlungsgehilfenbundes, Schmitz, unter der
Anklage der Verleumdung der Besatzungsstru-
pen, wegen Aufrechterhaltung des Widerstandes
des Gebietes zum passiven Widerstand und
Aufrechterhaltung gegen die Anordnungen der
Besatzungsorgane, sowie des Besesses, sowie Ver-
breitungsschreiben vor im besetzten Gebiet verbot-
nen Druckschriften und Zeitungen zu einer Ge-
samteingangsstrafe von 1 1/2 Jahren Gefängnis
und 150 000 Mk. Geldstrafe.

Protest.

Düsseldorf, 1. Juni. (Eig. Drahtber.) Der
Stellvertreter des Regierungspräsidenten, Ober-
regierungsrat Tiemann, hat in einem Schrei-

ben an den General Devignes gegen die Ver-
haftung und Ausweisung des Oberregierungs-
rates Denten schärfste Verwahrung eingelegt.

Stellungnahme zum Industrie- angebot.

i. Berlin, 1. Juni. (Eig. Drahtber.) Die
freien und Hirsch-Dunderschen Eigenanwer-
tschaften haben, ohne zu einer Neuerung aufge-
fordert zu sein, dem Reichskanzler ein Schreiben
überreicht, in dem sie ihm ihre Meinung über
das Angebot des Reichsverbandes der deutschen
Industrie mitteilen. Die Gewerkschaften erken-
nen darin an, daß die Industrie endlich grund-
sätzlich dem Gedanken der Sachwertfassung
zustimmt. Diese Sachwertfassung könne nur
auf dem geselligen Wege verwirklicht werden.
Dabei würde die gewerkschaftlich organisierte
Arbeitnehmerschaft ihre Unterstützung leisten.
Die Gewerkschaften vermessen in dem Schreiben
des Reichsverbandes den Willen der Industrie
zu ausreichender Steuerleistung. Die in den
Spitzenverbänden vertretenen Gewerkschaften
erklären mit aller Deutlichkeit, daß sie von Re-
gierung und Reichstag eine Verteilung der Re-
parationslasten erwarten, die vor allem die gro-
ßen fundierten und unfundierten Vermögen
zur Deckung heranzieht. Dem Schreiben ist eine
Anlage beigefügt, in der zu dem Angebot der
Industrie im einzelnen Stellung genommen
wird. Als unverständlich bezeichnen es die Ge-
werkschaften, wenn die Staatsbetriebe unge-
heure Leistungen zur Abwälzung der Re-
parationslasten anbringen sollen, während die
Leistungsleistung der gesamten deutschen Pri-
vatwirtschaft auf höchstens 500 Goldmillionen
geschätzt wird. Zusammenfassend wird schließlich
erklärt, daß das Schreiben des Reichsverbandes
keine Grundlage für die Lösung des Re-
parationsproblems abgebe. Die freien und Hirsch-
Dunderschen Gewerkschaften betrachten es aus-
fernehmlich als ihre Aufgabe, an einer gelunden
Lösung des Reparationsproblems mit zuwirken.

Berlin, 1. Juni. Eine gestern in Offen abge-
haltene Konferenz des alten (sozialistischen)
Bergarbeiterverbandes sahte zum An-
gebot des Reichsverbandes der deutschen Indus-
trie eine Entschädigung, in der es heißt: Die
Forderungen des Reichsverbandes bedeuten eine
so starke Bedrohung dessen, was die Arbeiter-
schaft auf wirtschaftlich-sozialer Gebiet erun-
gen hat und somit eine so große Gefahr für eine
vernünftige Entwicklung der Produktion, daß
der Verband der Bergarbeiter Deutschlands sich
zu der ersten Erklärung genötigt sieht, daß er
sich der Verwirklichung dieser Pläne mit allen
Mitteln widersetzen wird.

Berlin, 1. Juni. Der erweiterte Vorstand der
Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten
und Angewandter, die über 250 000 Mitglieder um-
faßt, hat eine Entschädigung gefaßt, in der es
heißt:

Der erweiterte Vorstand entnimmt aus dem
Schreiben des Präsidiums des Reichsverbandes
der Deutschen Industriellen an den Reichskanzler
vom 25. Mai 1923, daß als Hauptobjekt für die
Sicherung der Reparationszahlungen die Reichs-
und Staatsbetriebe nach privatwirtschaftlichen
Grundsätzen regeneriert und dauernd betrieben
werden, d. h., daß auf eine Privatisierung der
Staatsbetriebe hingewirkt werden soll. Er ist
willens, einem solchen Vorhaben mit allen Mit-
teln und unter Ausnutzung aller gewerkschaft-
lichen Kräfte zu begegnen, und er wird auch
dringend eine Verzeihung des deutschen Reichs-
eisenbahnnetzes niemals zulassen. Andererseits
ist er bereit, an der Hebung der Wirtschaftlich-
keit der Reichsbahnen mitzuwirken, soweit da-
durch nicht die wohl erworbenen Rechte der Ei-
senbahnerschaft gefährdet werden.

Das neue deutsche Angebot.

Berlin, 1. Juni. Die Londoner Blättermel-
dung, wonach die neue deutsche Note nur an die
Regierungen Englands, Italiens und Japans
gerichtet werden solle, während der Inhalt der
neuen deutschen Vorschläge anderen Regierun-
gen, insbesondere Frankreich, Belgien und den
Vereinigten Staaten nur mündlich erläutert
werden soll, ist, wie die Blätter erfahren, un-
richtig.

Die Lage des Kohlenmarktes.

Berlin, 31. Mai. Die Lage des Kohlenmarktes kann sowohl im besten wie im schlechtesten...

Der letzte Satz lautet, so bemerkt dazu die 'Kritik', daß die gegenwärtigen Verhältnisse...

Die Sperre der Ludwigshafener Rheinbrücke.

Ludwigshafen, 1. Juni. Zu der verhängten Rheinbrückensperre erfahren wir, daß der Verkehr...

Die Unfreiheit der Pfälzer Presse.

Landau, 1. Juni. Der Redakteur am 'Rheinpfälzer', Karl Deibel, ist von der Besatzungsbehörde...

Streik in Köln.

Köln, 1. Juni. Die Streiklage in Köln hat sich verschärft. Die gesamte städtische Arbeiterschaft...

Köln, 1. Juni. (Eia. Drahtber.) Wie die Abendblätter melden, wurden von den Engländern...

Die Besprechungen der Regierung mit den Parteien.

Berlin, 1. Juni. (Eia. Drahtber.) Die gestrigen Besprechungen des Reichstanzlers mit den Parteiführern...

Theater und Musik

Badisches Landesheater. In der 'Die Hölle'-Aufführung am Donnerstag verabschiedete sich...

Die Internationale Gesellschaft für neue Musik, Sektion Deutschland, hat in ihrer letzten...

Aus der Berliner Staatsoper hört man, daß ihr Intendant Max von Schilling die Abt...

Pressen erwartet man, daß nunmehr das deutsche Angebot...

Kindliche Gedanken der französischen Demokraten.

Paris, 1. Juni. Die jungen Partei der Radikalen fühlt sich in ihren Ansichten den deutschen Demokraten nahestehend.

Der Abg. Herriot scheint die deutschen Demokraten für Schatzkammer zu halten, sonst könnte er...

Die Franzosen als Falschmünzer.

Das neueste Kampfmittel der Franzosen ist die Falschmünzerei; die Verbreitung falscher Geldscheine...

Wollenbrüche und Ueberschwemmungen.

Halle, 31. Mai. Die Wogen von Halle, Mansfeld und Mücheln wurde vergangene Nacht...

Badische Politik

Der Volksfreund für die französische Auslegung.

Wir haben kürzlich den gefährlichen Irrtum aufgeklärt, der dem Staatspräsidenten bezüglich...

Privateigentum zur Sicherung seiner Kriegsschadigungsansprüche als Pfand zu nehmen...

'Genosse Kemmle steht, wie wir auch, auf dem Standpunkt, daß auch das Privatvermögen...

Der Volksfreund geht um den Kern der Sache herum, er deutet unsere Ausführungen so, als ob...

Aus Baden

Worheim, 1. Juni. Eine Fabrikarbeiterin, Krügerwilde, die bereits drei eheleiche und zwei...

Worheim, 1. Juni. Am Sonntag, den 3. Juni findet hier die diesjährige Samstagsmessen...

Mannheim, 1. Juni. Das zweiwöchige Kind einer hiesigen Familie Winkler starb in einem unbewachten Augenblick...

um sich ganz auf den ersten Dirigentenposten des Hauses zurückzuziehen.

Konzerte.

Einen seltenen Anblick bot der Eintrachtssaal beim letzten Neufeldischen Kammermusik-Konzert...

Wädla reiste sich dem Beethoven-Quartett das Schwebende mit den Variationen über 'Der Tod und das Mädchen' an.

sterwerken hin, eine Konzentration, eine Gleichgültigkeit...

Ein hier noch unbekannter Dirigent, Emil Kahn aus Frankfurt a. M., konzertierte am letzten Sonntag...

= Forbach (Muzital), 1. Juni. Bei Einbauarbeiten in einem Schacht der Schwarzenbach...

= Mähren, 1. Juni. Das früher in Strahburg i. Elsaß in Garnison stehende 8. Würt. Infanterie-Regiment...

= Niederwasser (Amt Tribera), 31. Mai. Der Gemeinderat, der durch einmütige Vertrauensfundgebung...

= Freiburg, 31. Mai. Die Reichsbahn beabsichtigt, in diesem Jahre auch zwei Sonderzüge...

= Reutlingen, 31. Mai. Die gestrige Bürgermeisterwahl ist ergebnislos verlaufen...

= Lötzbach, 31. Mai. In einer Besprechung von Industriellen und Interessenten am Kraftwerk...

= Balingen, 31. Mai. Am kommenden Montag wird hier die neben der Volksküche neuerrichtete...

= Bruch, 1. Juni. Hier fand eine aus verschiedenen Landesstellen sehr art besuchte Versammlung...

= Kottbus, 1. Juni. (Drahtber.) Heute morgen kurz nach 7 Uhr brach eine gewaltige Explosion...

Kunst und Wissenschaft

Professor Adolf Oberländer f. Adolf Oberländer, der berühmte Maler und Zeichner...

Literatur

August Heinrich. Eigenes Gedächtnis. Gedankenspiele in Pälzer Gedichte aus trauriger Zeit...

Das knappe Motto gibt das Reich an, in dem sich die Schaffenskraft von August Heinrich auswirkt...

